



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GDW FORDERT ANPASSUNG DES WOHNSELDES

21.06.2007 Fachinformation

Wohnsel- und Mietenbericht 2006 bestätigt: Einbeziehung der Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge und Fortführung des Stadtumbaus dringend erforderlich Im Zusammenhang mit der Beratung des Wohnsel- und Mietenberichts im Bundeskabinett, die am 20. Juni stattfand, forderte GdW-Präsident Lutz Freitag eine Anpassung des Wohnseldes an die veränderte finanzielle Belastung und Struktur der Wohnselbezieher. Er verwies darauf, dass einerseits die letzte Anpassung bereits sechs Jahre zurückliege und sich andererseits durch die Einführung des ALG II mit der Übernahme der Unterkunft- und Heizungskosten im Rahmen der Hartz IV-Arbeitsmarktreform der Bezieherkreis und die Bedeutung des Wohnseldes ganz wesentlich gewandelt habe. Wie notwendig Verbesserungen beim Wohnsel sein, mache die hohe durchschnittliche Mietbelastungsquote der Wohnselempfänger deutlich, die trotz Wohnselgewährung im Jahr 2005 schon 31,6 Prozent betrug. Die entsprechende Belastung aller Mieter in Deutschland machte dagegen nur 25,5 Prozent aus. Der Wohnsel- und Mietenbericht unterstreiche aber auch noch einmal die Notwendigkeit der Integration der Wohnimmobilie in die geförderte private Altersvorsorge. Nicht nur die Integration des selbst genutzten Wohneigentums, sondern gerade auch die Einbeziehung genossenschaftlicher Anteile und des Dauerwohnrechts förderten langfristig die Entlastung von Mietkosten im Alter. Der GdW forderte vor diesem Hintergrund die große Koalition noch einmal dringend auf, die Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge diskriminierungsfrei einzubeziehen und damit endlich den Koalitionsvertrag zu erfüllen. Der GdW begrüßte die Ausführungen im Bericht zum Stadtumbau. Der Stadtumbau bleibe angesichts des demographischen und gesellschaftlichen Wandels auch nach 2009 eine zentrale Aufgabe. Die ebenfalls heute stattfindende Debatte im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages zum Thema "Stadtumbau Ost und West - gegenwärtiger Stand und Zukunftsperspektiven" mache die Notwendigkeit deutlich, frühzeitig die Rahmenbedingungen für künftige Stadtumbaumaßnahmen zu erörtern. Nach Auffassung des GdW müsse die künftige Programmarchitektur vor allem eine wirksame wohnungswirtschaftliche Komponente enthalten sowie die unterschiedliche Leerstandssituation in den Regionen und die besondere ökonomische Situation der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern, z. B. die Altschuldenproblematik, berücksichtigen.

<https://bbu.de/beitraege/gdw-fordert-anpassung-des-wohngeldes>